



Pressemitteilung

Öffentliche Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“

Berlin, 16. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 23. Mai 2012, 17:00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.600

Aktuelle Studien zu Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements sind Thema der Unterausschusssitzung am 23. Mai 2012. Zum einen werden Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) und Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg) Ergebnisse ihrer Studie „Freiwilligenagenturen in Deutschland“ vorstellen. In ihrer Untersuchung haben die Autoren die Institutionalisierung, die Rahmenbedingungen, die lokale Einbettung und kommunale Unterstützung sowie die Wirkungspotenziale von Freiwilligenagenturen analysiert.

Zum anderen werden Dr. Christoph Emminghaus und Anna Iris Henkel (Rambøll Management Consulting) in der Sitzung zentrale Befunde der Evaluationsstudie zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser präsentieren. In einer ersten Förderphase von 2006 bis 2011 hat das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 500 Mehrgenerationenhäuser als niedrigschwellige soziale Anlaufstellen für das Miteinander von Menschen unterschiedlichen Lebensalters im gesamten Bundesgebiet gefördert. Dabei spielt auch die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die Arbeit der Häuser eine wichtige Rolle.

Interessierte Zuhörer, die keinen Hausausweis des Bundestages haben, werden gebeten, sich bis zum 21. Mai 2012 im Sekretariat unter Angabe ihres Namens und ihres Geburtsdatums anzumelden (E-Mail: buergerschaftliches.engagement@bundestag.de), am Sitzungstag ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses, Konrad-Adenauer-Straße 1 (gegenüber dem Bundeskanzleramt), zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!